

Sozialismus.de

Heft 7/8-2023 | EUR 9,00 | C 12232

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz



Wolfgang Däubler:
Streik ohne Streikrecht

Witich Roßmann:
Der »wilde« Ford-Streik 1973

Beiträge u.a. von
Felix Jaitner, Wolfgang Müller,
Florian Weis, Mario Keßler, Björn
Radke, Erhard Crome, Joachim
Bischoff, Bernhard Müller,
Klaus Bullan, Bernhard Sander

**Forum
Gewerkschaften**



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.Sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion
zwischen den monatlichen
Printausgaben im Netz auf
www.Sozialismus.de

Ausstieg aus fossilen Energien gefährdet?

Mit einem dringenden Aufruf zur Kursänderung und scharfer Kritik an den Ländern mit fossilen Rohstoffen hat sich auf der Bonner Klimakonferenz der »Climate Action Tracker« (CAT) in die Debatte um den Ausstieg aus Öl, Gas und Kohle zu Wort gemeldet. [...]

Linke Zukunft?

Der Parteivorstand der Partei DIE LINKE erklärt in einem einstimmig gefassten Beschluss: »Die Zukunft der Linken ist eine Zukunft ohne Sahra Wagenknecht«. Dass die Parteiführung damit der Linkspartei einen Weg in Zukunft eröffnet, ist zumindest fraglich. [...]

Brexit-Britannien gehen die Akkus aus

Öffentliche Ausgaben und Investitionen können langfristiges Wachstum sichern. Die Wachstumsfrage muss sich weniger auf die Wachstumsrate als auf die Wachstumsrichtung konzentrieren. Diese Orientierung an einer Ökonomie der Hoffnung ist der Tory-Regierung fremd. [...]

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonent:innen und
Leser:innen das konkret machen
könnten, steht ebenfalls unter
www.Sozialismus.de

Heft Nr. 7-8 | Juli/August 2023 | 50. Jahrgang | Heft Nr. 485

Hintergründe einer gescheiterten Revolte

Redaktion Sozialismus.de: Machtkampf in Russland 2

Felix Jaitner:

Russland – ein peripheres Imperium 4

Berliner Republik: Ressentiments & Rückschritte

Joachim Bischoff: Die völkisch-nationalistische AfD im Aufwind 10

Bernhard Müller: Schlüsselthema Migration

Fluchtbewegungen auf dem Höchststand 16

Erhard Crome: Desintegrierte Unklarheit

Die »Nationale Sicherheitsstrategie« der Ampel-Koalition 20

Das Klima-Desaster

Björn Radke: »Schockwellen« – Claudia Kempfers Verriss

von 20 Jahren Energiepolitik 25

Klaus Lange: Alle haben ein Recht auf Zukunft

Zu dem Buch von Roda Verheyen und Alexandra Endres 28

Forum Gewerkschaften

Wolfgang Däubler: Streik ohne Streikrecht

Die ungewohnte Perspektive 30

Witich Roßmann: Verhandlungs- versus Aufstandslogik

Wilder Streik bei Ford 1973 34

Thomas Böhm: Abbau statt »Revolution«

Zur Kritik der Kommissionsvorschläge zur Krankenhausreform 39

Gewinner & Verlierer

Klaus Bullan: Italien in der Polykrise – Postfaschistische Regierung

und Umgruppierungen bei den progressiven Kräften 44

Bernhard Sander: Ein weiterer Schritt zur Macht

Wie kann Le Pens Sieg noch verhindert werden? 49

Wolfgang Müller: Neuer Boom in China

oder schrittweise Normalisierung? 54

Rückblicke | Sozialismus.de: Debatte

Florian Weis: Weder Falke noch Taube

Anmerkungen zu Willy Brandt anlässlich einer neuen Biografie 59

Mario Keßler: Der Marsch auf Washington 1963

Höhepunkt der US-Bürgerrechtsbewegung 63

Christoph Lieber: Primat der Innenpolitik 69

Michael Wendl: Zeitloser Pazifismus aus dem linken Ideenhimmel 71

Impressum | Film

Impressum 29

Veranstaltungen & Tipps 72

Gerd Siebecke: Gehen und Bleiben (Filmkritik) 73

Die völkisch-nationalistische AfD im Aufwind

von ■ Joachim Bischoff



Foto: picture alliance/dpa

Erstmals seit der Parteigründung ist im Thüringer Kreis Sonneberg mit dem Landtagsabgeordneten Robert Sesselmann ein AfD-Politiker in das Amt des Landrats gewählt worden. Er erhielt in der Stichwahl vom 25. Juni 2023 52,8%.

Ein Bündnis von der CDU über die Grünen bis zur Linkspartei hatte vergeblich zur Unterstützung des CDU-Kandidaten Jürgen Köpper aufgerufen, der auf 47,2% kam. Christdemokratische Politiker sehen in der Unzufriedenheit vieler Bürger*innen mit der Bundespolitik den Grund für das Wahlergebnis. So ist für Thüringens CDU-Generalsekretär, Christian Herrgott, mit

dem Wahlergebnis »klar, dass jetzt wir alle die Aufgabe haben, Lösungen gegen diese Art des Protestes gegen Berlin zu finden«. Ähnlich äußerte sich auch die Sonneberger Landtagsabgeordnete Beate Meissner: »Das ist kein Denktzettel, das ist die volle Breitseite gegen die Bundespolitik.« Die grüne Co-Chefin Ricarda Lang machte die Unionsparteien indirekt für das Ergebnis mitverantwortlich: »Wenn ein rechter Kulturkampf entbrennt – und von demokratischen Kräften gefüttert wird –, profitieren davon nicht die bürgerlichen Parteien, sondern das Original, in diesem Fall die rechtsextreme AfD.«

Für die Rechtsaußen-Partei ist dieser Wahlsieg ein Durchbruch. AfD-Chef Tino Chrupalla freut sich: »Das war erst der Anfang. Wir überzeugen Mehrheiten mit unserer Politik für die Interessen der Bürger. So werden wir für Deutschland die Wende zum Guten erreichen.« Für Thüringens AfD-Chef, Björn Höcke, geht von Sonneberg ein »politisches Wetterleuchten« aus. Man wolle diesen Schwung mitnehmen für die kommenden Landratswahlen. »Und dann bereiten wir uns für die Landtagswahlen im Osten vor, wo wir dann wirklich ein politisches Erdbeben erzeugen können.« Die AfD liegt in den Umfragen in

Thüringen schon jetzt weit vor allen anderen Parteien, Höcke geht jetzt noch gestärkt in die Landtagswahlen im kommenden Jahr. Als Vorsitzender des ersten Verbandes mit einem kommunalen Wahlsieger dürfte sein ohnehin schon großer Einfluss auf die Bundespartei weiter zunehmen.

Das Ergebnis in Sonneberg bedeutet ohne Zweifel Rückenwind für die drei Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg im kommenden Jahr. Sesselmann ist ein typischer AfD-Politiker. Auf seinem Wahlbus prangt das Wort »Heimatliebe«, in Landtagsreden fordert er, ähnlich wie der Co-Parteichef Chrupalla, den Ukraine-Krieg zu beenden und die Sanktionen gegen Russland aufzuheben. Als der thüringische Ministerpräsident Ramelow den Justizminister der Grünen gegen dessen Willen aus dem Amt entließ, kommentierte Sesselmann das am 31. Januar 2023 so: »Eiskalt und skrupellos, meine Damen und Herren, serviert die Kriegspartei unter Vorsitz des Klimaschauspielers zusammen mit der geistig minderbemittelten Grünen-Spitze ihren einzigen Realo ab und demontiert die Landesregierung damit.«

Sesselmann sieht die CDU kritisch und stellt wie die Co-Parteichefin Weidel das Bestehen der Brandmauer von der CDU zur AfD auf Landesebene infrage: »Die CDU ist in Thüringen auf einem guten Weg, sich selbst abzuschaufeln«, sagte er im Gespräch mit der »Jungen Freiheit«. Wenn die Christdemokraten nicht bereit seien, über ihren »Schatten zu springen«, würden sie spätestens bei den nächsten Landtagswahlen von den Wähler*innen abgestraft werden.

Aufwind für die Rechtspopulisten in Europa

Die AfD wird in Deutschland immer stärker, die von den Christdemokraten ausgerufene Brandmauer zwischen bürgerlich-konservativen und rechten Parteien bröckelt. Sonneberg, das Land Thüringen oder die anderen ostdeutschen Bundesländer sind aber keine politische Rarität. Was sich bei der Landratswahl ereignet hat – das schlechte Abschneiden der »Ampel«parteien so-

wie der Aufstieg der AfD – ist in Wahrheit genau das, was seit Jahren fast überall auf dem europäischen Kontinent passiert. Große christdemokratische und sozialdemokratische Parteien, die seit Ende des Zweiten Weltkrieges über bequeme Mehrheiten verfügten, kommen ins Trudeln oder sind häufig komplett abgestürzt.

- In Italien regiert seit vergangenem Herbst ein Bündnis unter Führung der postfaschistischen Partei Fratelli d'Italia, die mit Giorgia Meloni auch die Ministerpräsidentin stellt.
- In Frankreich verfügt das Rassemblement National, die Partei der weit rechtsstehenden Politikerin Marine Le Pen, seit den Parlamentswahlen im vergangenen Juni über 89 Sitze – bis dahin hatte sie nie mehr als 15 errungen – und ist damit stärkste Oppositionspartei. Wenn die Präsidentschaftswahlen des letzten Jahres jetzt stattfänden, würde nach jüngsten Umfragen Marine Le Pen Macron deutlich mit 55% zu 45% schlagen.
- In Schweden wurden im September 2022 die rechtspopulistischen Schwedendemokraten zweitstärkste Partei.
- In den Niederlanden, wo allerdings voraussichtlich erst in zwei Jahren gewählt wird, steigt die Partei für die Freiheit des Rechtspopulisten Geert Wilders in Umfragen und liegt mittlerweile auf Platz zwei.
- In Belgien, wo mehr als ein Dutzend Parteien im Parlament vertreten sind, stellt der Vlaams Belang, eine separatistische, rechtspopulistische Kraft, die drittmeisten Abgeordneten. In aktuellen Umfragen liegt der Vlaams Belang im flämischen Teil des Landes mit 25% auf Platz eins.
- In Deutschland rangiert die völkisch-nationalistische AfD in Umfragen zwischen 16-20%, und kommt in Thüringen auf 30%.

Die extreme Rechte jenseits der nationalkonservativen Parteien hat sich in den vergangenen Jahrzehnten als wesentliche politische Kraft etabliert. Die einzelnen Parteien sind mal erfolgreich, mal stürzen sie auch ab, und regionale und historische Faktoren spielen zweifellos auch eine große Rolle. Insgesamt jedoch haben die rechten Parteien derzeit Aufwind.

Dafür gibt es mehrere Gründe. Sicherlich sind die früheren Massenparteien des bürgerlich-konservativen und des sozialdemokratischen Spektrums mit ihren Gestaltungsoptionen dem Strukturwandel des modernen Kapitalismus nicht gewachsen. Die Transformationen in Richtung eines ökologischen und digitalen Kapitalismus wälzen die gesellschaftlichen Arbeitskörper und damit die sozialen Schichten um. Die Modernisierung ist mit vielerlei Widersprüchen oder Polykrisen verbunden, die auch die politischen Kräfteverhältnisse durcheinanderwirbeln.

Mit Blick auf die zurückliegenden Jahrzehnte ragt allerdings ein wichtiger Grund zur Erklärung der Konjunktur der politischen Rechten heraus: die anhaltende Zuwanderung, die Fluchtbewegung und der Anstieg der »illegalen« Migration. Aggressiv gegen jede Form der Zuwanderung aufzutreten, ist allen rechtspopulistischen Parteien gemein. Allerdings beschränken sie sich längst nicht darauf. Ein anschauliches Beispiel für ihre Themenvielfalt ist etwa das französische Rassemblement National (RN) von Marine Le Pen. Zur Eindämmung der Inflation fordert Le Pen, ähnlich wie hierzulande die linken Parteien, ein Aussetzen der Mehrwertsteuer auf Produkte des täglichen Bedarfs. Und aktuell bekämpft das RN das Vorhaben der Regierung, das Pensionsantrittsalter von 62 auf 64 Jahre anzuheben – und befindet sich damit auf einer Linie mit den Gewerkschaften und der linkspopulistischen Oppositionspartei La France Insoumise von Jean-Luc Mélenchon.

Die Verbreiterung des Themenangebots gebietet nicht nur die Modernisierung des Kapitalismus, sondern diese programmatische Öffnung macht rechtspopulistische Parteien für Viele wählbar, die deren Anti-Ausländer-Politik, der Ablehnung der Europäischen Union oder auch von Sanktionen im Zusammenhang des Ukraine-Krieges skeptisch gegenüberstehen. Das schlägt sich in Umfragedaten nieder: 52 Prozent der Befragten französischen Bürger*innen geben an, dass das Rassemblement National »die Probleme der Franzosen ver-

Joachim Bischoff ist Mitherausgeber von Sozialismus.de

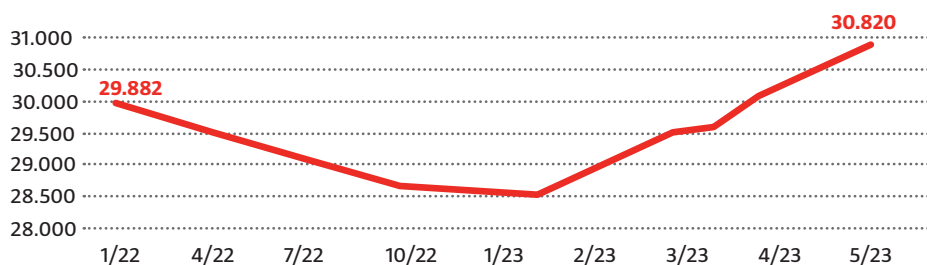
steht«. Gleichzeitig sinkt der Prozentsatz an Leuten, die Le Pen und ihre Partei als »Gefahr für die Demokratie« ansehen auf 46%. Das sind zwölf Prozentpunkte weniger als vor fünf Jahren.

Zusammengefasst: Die jüngsten Wahlen in Italien, Schweden und Finnland zeigen, dass autoritäre Nationalisten, die darauf abzielen, eine einwanderungsfeindliche Stimmung auszunutzen, kulturelle Brüche anzuheizen und die Rechte von Frauen und Minderheiten einzuschränken, in den westeuropäischen politischen Systemen zu einem bestimmenden Merkmal werden und nicht nur ein kurzzeitiger Störfaktor sind.

Dieser Aufschwung rechtspopulistischer und völkisch-nationalistischer Parteien und Bewegungen ist eng verknüpft mit dem Thema Migration. Dies gilt für alle europäischen Länder, und auch für die Berliner Republik. Die im Zusammenhang mit den großen Fluchtbewegungen geltend gemachte verschwörungstheoretische Fiktion vom großen Bevölkerungsaustausch stützt sich auf fragwürdige Annahmen des »Völkischen«. So war die ab September 2015 einsetzende Flüchtlingskrise, die der AfD-Parteimitgründer Alexander Gauland einst als »Geschenk« für seine Partei bezeichnete, Nährboden für ihre Verankerung in der deutschen Parteienlandschaft. »Sie war sehr hilfreich«, sagte er damals gegenüber dem »Spiegel«. Der Kampf gegen den vermeintlichen Bevölkerungsaustausch ist für die Partei auch heute noch ein ergiebiger Nährboden.

Aktuell befinden sich derzeit knapp 89,3 Mio. Menschen auf der Flucht¹ – die höchste Zahl, die jemals verzeichnet wurde. Im Jahr 2022 wurden beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) 244.132 Anträge auf Asyl gestellt, was einen Anstieg um 27,9% im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Bis zum Jahresende 2022 wurden in Deutschland zusätzlich 1.045.185 Flüchtlinge aus der Ukraine erfasst. Damit sind etwa 80% der Schutzsuchenden, die im vergangenen Jahr nach Deutschland kamen, aus der Ukraine geflohen. Viele deutsche Kommunen klagen, dass sie mit der Unterbringung von Flüchtlingen überfordert sind.

Abb. 1: AfD-Mitglieder



Laut einer Umfrage im Mai ist die große Mehrheit (74%) der Bundesbürger*innen der Meinung, dass Deutschland seit 2015 zu viele Flüchtlinge aufgenommen hat. 83% befürchten, dass die wachsende Zahl der Flüchtlinge zu Problemen etwa auf dem Wohnungsmarkt, bei der Sicherheit oder in den Sozialsystemen führt. Knapp 90% wollen, dass Zuwanderer*innen ohne Aufenthaltsrecht schneller aus Deutschland ausgewiesen werden.

Die Innenminister der EU haben sich Anfang Juni 23 auf einen Kompromiss in der Migrationspolitik einigen können. Zwei Ziele will die neue Politik erreichen. Die »irreguläre« Immigration soll reduziert werden, und die Lasten der Migrationspolitik sollen gerechter zwischen den Mitgliedsländern verteilt werden.

Denn die »illegalen« Grenzübertritte in die Europäische Union haben deutlich zugenommen. Die EU-Grenzschutzagentur Frontex registrierte im vergangenen Jahr rund 330.000 solcher Übertritte. Das sei die höchste Zahl seit 2016 und ein Zuwachs um 64% im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Die Zahlen unterstreichen die Dringlichkeit politischer Lösungen.

Bleiben die Faktoren für diese Migration bestehen, wird damit ein Nährboden für das Anwachsen des Rechtspopulismus in Kauf genommen, bzw. kommt es auch zu einem wachsenden Druck auf den rechten Flügel der christlichen Union.

Auch die AfD im Aufwind

Auch die AfD kann deutlich Aufwind in ihrer politischen Verankerung registrieren. Nicht nur in Umfragen, sondern auch bei den Zahlen der Mitgliedschaft

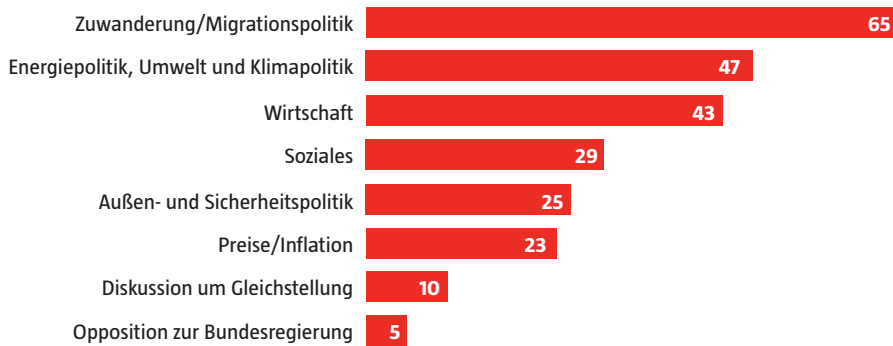
(siehe Abb. 1) schlägt sich die politische Konstellation positiv nieder. Diese völkisch-nationalistische Gruppierung liegt in aktuellen Umfragen bundesweit bei 19% – und damit vor der SPD auf Platz zwei hinter CDU/CSU. In der politischen Öffentlichkeit gibt es deshalb eine Neuaufgabe der Debatte über die Ursachen dieses Umfragehochs.

Ein Nährboden für die AfD ist zunächst die schlechte Stimmung wegen der Politik der Ampel-Koalition. Laut infratest dimap ist die Unzufriedenheit mit der Bundesregierung so hoch wie seit fünf Jahren nicht mehr. Damals – im Sommer 2018 – stand die schwarz-rote Koalition unter Angela Merkel ähnlich stark in der Kritik. Und auch damals konnte vor allem die AfD davon profitieren, und stand im September 2018 in Umfragen schon einmal bei 18%. Zwei Drittel der AfD-Wähler*innen wollen gegenwärtig ihre Stimme der Partei geben, weil sie von den anderen Parteien enttäuscht sind, nur ein Drittel, weil es von der AfD überzeugt ist. Es scheint der Partei also zu gelingen, einen Teil der von der Regierung Enttäuschten an sich zu binden.

Ängste vor einer Ausweitung des Kriegs gegen die Ukraine, vor einer Rezession, Unmut über die hohen Preissteigerungen und Angst vor unbezahlbaren Energiekosten bilden seit geraumer Zeit den Hintergrund für den Aufwind der AfD. Die Wählerschaft der AfD schätzt ihre eigene soziale Situation schlechter ein als die Anhänger*innen anderer Parteien: 46% der AfD-Anhänger*innen bewerten die eigene wirtschaftliche Lage als »weniger gut« oder »schlecht«.

Gleichzeitig zeigen die Daten, dass das Thema Zuwanderung für AfD-Wähler*innen mit Abstand die größte Rolle spielt – das muss aber kein Wider-

Abb. 2: AfD-Wähler laut Sonntagfrage: Welche Themen spielen die größte Rolle?
Deutschlandtrend, 1.6.2023 (Angaben in %, Mehrfachnennungen möglich)



Quelle: Infratest dimap

spruch zum gerade genannten Grund sein. Die AfD versucht seit Jahren, sozioökonomische Themen zu kulturalisieren, indem sie etwa Probleme wie soziale Ungleichheit mit Migrationspolitik koppelt. Sie begreift die soziale Frage also nicht als eine »zwischen oben und unten«, sondern als eine »zwischen innen und außen«. Knapp zwei Drittel der AfD-Anhänger*innen nennen laut Sonntagfrage die Zuwanderung als eines der drei wichtigsten Themen für die Entscheidung, derzeit die AfD wählen zu wollen (siehe Abb. 2). Hinter diesem klassischen AfD-Thema kommt direkt der Komplex der Energie-, Umwelt- und Klimapolitik. Für jeden zweiten AfD-Anhänger (47%) ist dies eines der wichtigsten Themen für ihre derzeitige Wahlentscheidung.

Vor allem in den ostdeutschen Bundesländern kann die AfD mit ihrer zuwanderungskritischen Haltung punkten.² In Thüringen (28 bis 30%), Sachsen (26 bis 34%), Sachsen-Anhalt (mindestens 26%) und Brandenburg (23 bis 26%) ist die AfD bei Wähler*innen besonders beliebt. In den ostdeutschen Bundesländern ist die völkisch-nationalistische Partei nach einer Forsa-Erhebung mit 32% mittlerweile deutlich stärkste Kraft vor der CDU mit 23%. In Westdeutschland liegt die CDU mit 30% dagegen vor der SPD mit 19%. Besonders deutlich sind die Unterschiede für die Grünen und die AfD: Die Grünen kommen im Westen auf 16%, im Osten aber nur auf 6%. Die AfD wiederum würde im Westen nur von 13% gewählt.

Auch in Reaktion auf den Aufwärtstrend der AfD hält der sächsische Mi-

nisterpräsident Michael Kretschmer eine jährliche Obergrenze für den Zugang von Migrant*innen für notwendig. »Wir haben in den Jahren 2015 folgende miteinander einen Konsens erzielt, [...] dass die Grenze irgendwo bei 200.000 Personen ist, die wir hier gut integrieren können«, sagte der CDU-Politiker im ZDF-»Morgenmagazin«. Nach Angaben des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge wurden im vergangenen Jahr rund 244.000 Anträge auf Asyl in Deutschland gestellt. In diesem Jahr waren es demnach allein bis April mehr als 110.000 Anträge. »Wir wollen solidarisch sein, aber wir kommen an die Grenzen dessen, was möglich ist«, sagte Kretschmer. Man sei auf dem Weg zu 400.000 bis 500.000 Anträgen. Deutschland müsse handeln. »Und wenn dazu eine Gesetzesänderung notwendig ist, muss man das auch tun.« Kretschmer hatte sich zuletzt in Interviews dafür ausgesprochen, Sozialleistungen für Asylbewerber*innen zu kürzen. Zugleich schlug er eine Kommission vor, die sich mit allen Fragen rund um Asyl befassen soll.

Kretschmers Forderungen sind innerhalb der CDU allerdings umstritten. Die Partei kämpft in der Opposition noch immer um ein neues politisch-programmatisches Profil, und um die Abgrenzung zur AfD bzw. um die Statik der von Friedrich Merz versprochenen »Brandmauer«. Das frühere Versprechen des Vorsitzenden Merz, unter seiner Führung würden die Zustimmungswerte zur AfD (damals 15%) halbiert, ist durch die tatsächliche Entwicklung allerdings ad absurdum geführt.

Gleichwohl versicherte der CDU-Vorsitzende in seiner Rede auf dem kürzlichen Programmkonvent seiner Partei erneut, eine Zusammenarbeit mit der AfD komme nicht infrage. Dem Volk aufs Maul zu schauen sei demokratisch, ihm nach dem Mund zu reden sei populistisch.

Die Frage, weshalb die Partei nicht stärker vom Ansehensverlust der Ampel profitiert, sondern die AfD, hat zu heftigen innerparteilichen Kontroversen geführt. Die CDU hat, wie andere konservative Parteien auch, in zentralen politischen Fragen des Landes, wie der sozial-ökologischen Transformation, aber auch der Migration keine überzeugenden Antworten. Deshalb meinen gut 80% der Befragten, die Politiker*innen des Landes hätten den Kontakt zur Gesellschaft verloren. Einer von der CDU geführten Bundesregierung trauen die Bürger*innen deshalb so wenig zu, wie der Ampel.

Veränderung in der Organisation der Rechtsparteien

Zu Zeiten der Hochkonjunktur der bürgerlich-konservativen Parteien zeichneten sich die Rechtsparteien neben ihrer völkisch-nationalistischen Programmatik und Rhetorik durch ihre einseitige Geschlechterzusammensetzung aus. Lange Zeit waren Europas Rechtspopulisten und Rechtsextreme regelrechte Männerparteien. Männer hatten nicht nur intern das Sagen, sie machten auch den überwältigenden Großteil der Wähler*innen aus.

Eine Erklärung dafür findet sich im Image dieser Parteien: bis zur klischeehaften Überhöhung maskulin, militant und autoritär. Bei den »Brüdern Italiens« hatten lange ausschließlich Machos und polternde Rechtsextreme das Sagen. Nun haben sie mit Giorgia Meloni eine vergleichsweise junge Frau an der Spitze, die sich als kämpferische Mutter der Nation inszeniert.

¹ Siehe dazu auch den Beitrag von Bernhard Müller in diesem Heft.

² Siehe hierzu auch Oliver Decker/Johannes Kiess/Elmar Brähler, Autoritäre Dynamiken und die Unzufriedenheit mit der Demokratie. Die rechtsextreme Einstellung in den ostdeutschen Bundesländern, EFBI Policy Paper 2023-2, Juni 2023

Auch Meloni spricht von der Gefahr, die von Migrant*innen ausgeht, von »Genderwahn« und internationalen Verschwörungen. Auch sie kämpft für erzkonservative Werte, ist gegen Schwangerschaftsabbrüche und die Rechte Homosexueller. In ihrer vor einem Jahr erschienenen Autobiografie »Io sono Giorgia« (»Ich bin Giorgia«) verbreitet Meloni nicht nur die rechts-extreme Verschwörungstheorie, wonach Afrikaner*innen nach Italien geschickt würden, um die Bevölkerung zu »durchmischen«. In einem Zug verurteilt sie auch Sterbehilfe, die Legalisierung von Drogen, die multikulturelle Gesellschaft, Kopftücher und das »Gender-Komplott gegen natürliche Familien«. Das ist alles nichts Neues, und doch hat Meloni es geschafft, sich als frisches Gesicht der italienischen Rechten zu etablieren.

Verweiblichung der Rechten und Entdämonisierung

In den vergangenen 20 Jahren haben etliche europäische Rechtsparteien dieses Problem erkannt – und versucht, die Geschlechterlücke zu schließen. Sie

wählten Frauen an die Parteispitzen oder setzten sie in hohe Positionen. Am eindrucklichsten zeigt sich der Erfolg dieser Strategie in Frankreich, wo mittlerweile fast genauso viele Frauen Marine Le Pen wählen wie Männer.

In Italien führt Giorgia Meloni ein starkes Rechtsbündnis an, in Deutschland verpasste Alice Weidel der AfD ein freundlicheres Gesicht, und auch in Polens PiS und Ungarns Fidesz machten Frauen Karriere. Rechtsextreme und Rechtskonservative sind dem Trend zur stärkeren Beteiligung der Frauen in der Politik gefolgt. Der Männerüberhang in den Parteien ist zwar geblieben, doch immerhin ist der Anteil der Wählerinnen gestiegen.

Im Jahr 2011 setzt sich Marine Le Pen gegen ihre männlichen Konkurrenten durch und folgt ihrem Vater an die Spitze des Front National. Was in der Zeit danach geschehen, wird von vielen – allen voran von Marine Le Pen – gern als »Entdämonisierung« der Partei beschrieben. Le Pen ändert nicht nur den Namen (aus dem Front National wird 2018 der Rassemblement National), sie distanziert sich auch vom polternden

Antisemitismus ihres Vaters und wird zum neuen, freundlicheren Gesicht ihrer Partei. Für die europäischen Rechten kann gesagt werden, dass sie die enge ideologische Verbindung zu den faschistischen Gründungsparteien mindestens lockern.

Der Erfolg einzelner Frauen rüttelt nicht an den erzkonservativen Werten der europäischen Rechten. Als »natürliche Keimzelle« der Gesellschaft gilt nach wie vor die heterosexuelle Kernfamilie. Die konservative Geschlechterteilung ist geblieben: Idealerweise geht der Mann arbeiten und versorgt die Familie, während sich die Frau um Kinder und Haushalt kümmert. Daran ändert auch das durchaus emanzipatorische Frauenbild an der Parteispitze – Meloni macht als Mutter einer kleinen Tochter Karriere, Weidel lebt in einer lesbischen Beziehung – wenig.

Sind Rechtspopulisten regierungsfähig?

Nein, sagen ihre Gegner, doch dieses Urteil ist jedenfalls zu wenig differenziert. Viktor Orbán ist seit 2010 ohne Unterbrechung Ministerpräsident Un-

VSA: Spannende Lektüre für die Sommer-Monate



Axel Troost/Rudolf Hickel/
Norbert Reuter (Hrsg.)
**Soziale Kippunkte,
bedrohte Existenzen,
wachsende Armut**
Alternativen zu Geldentwertung
und Kaufkraftverlusten
160 Seiten | € 14.80
ISBN 978-3-96488-175-5



Stephan Krüger
**Epochen ökonomischer
Gesellschaftsformationen**
Eckpunkte und Entwicklungslinien
der Weltgeschichte
Kritik der Politischen
Ökonomie und Kapitalismus-
analyse, Band 7
952 Seiten | € 49.80
ISBN 978-3-96488-143-4



Meng Jie/
Jan Turowski (Hrsg.)
**Immer noch tastend
den Fluss überqueren**
Chinas marktsozialistisches
Modell verstehen
Linker ChinaDiskurs
Band 2
264 Seiten | € 16.80
ISBN 978-3-96488-118-2



Michael Brie
**Chinas SOZIALISMUS
neu entdecken**
Ein hellblaues Bändchen
jenseits der Froschper-
spektive auf ein
spannendes Experiment
176 Seiten | € 14.00
ISBN 978-3-96488-182-3



Norbert Wohlfahrt/
Johannes Schillo
**Deutsche Kriegsmoral
auf dem Vormarsch**
Lektionen in
patriotischem Denken
über »westliche Werte«
Eine Flugschrift
136 Seiten | € 10.00
ISBN 978-3-96488-188-5

Das vollständige Herbstprogramm mit zahlreichen weiteren Neuerscheinungen gibt es unter

www.vsa-verlag.de

garns, und in Polen regiert seit 2015 die rechtspopulistische Partei Recht und Gerechtigkeit. Wahr ist jedoch auch, dass solche Regierungen immer mal wieder in Skandalen versinken (Codewort »Ibiza«) oder, wie in Polen und Ungarn, wegen Verstößen gegen europäische Grundwerte in erhebliche Probleme geraten.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) will angesichts hoher Umfragewerte für die AfD mit guter Regierungsarbeit überzeugen. Die Bundesregierung müsse »gute Arbeit machen und die Probleme dieses Landes lösen«, sagte Vizeregierungssprecher Wolfgang Bückner in Berlin. Der Kanzler sei »optimistisch«, »dass wir uns dann über dieses Thema auch keine großen Sorgen machen müssen«, ergänzte er mit Blick auf das Umfragehoch der AfD. Bekanntlich ist eine Kernforderung der AfD, den Zuzug von Migrant*innen zu begrenzen. Vizeregierungssprecher Bückner sagte dazu, die Bundesregierung beschäftige sich »intensiv damit, dass wir hierzu zu einer besseren Steuerung kommen im Interesse des Landes«.

Kanzler Olaf Scholz schaut über die Berliner Republik hinaus und benennt als Grund für den Aufwind der Rechten vor allem die Unsicherheit in krisenhaften Zeiten. Auch angesichts des Erfolgs rechtspopulistischer Parteien in anderen europäischen Ländern stelle sich für ihn die Frage: »Warum gibt es solche Schlechte-Laune-Parteien?«

Die Eindämmung der Unsicherheit ist sicherlich ein wichtiger Ansatzpunkt. Bei der Frage der Steuerung der Migration und der Verringerung der Belastung für die Kommunen sieht der eingeschlagene politische Kurs eher nach Beschädigung des Grundrechts auf Asyl aus. Der Regierung müsste daher schon die kommunikative Auseinandersetzung mit dem Thema Migration und Flucht suchen, wenn sie den Nährboden für die rechte Politik trockenlegen will.

Es greift zu kurz, den Aufwind der Rechten in Deutschland und mehr noch in den meisten europäischen Nachbarstaaten nur als kurzen Proteststurm abzutun, der garantiert keine Konsequenzen für Wahlen hat. Es hat schon bei Wahlen bundesweit, aber auch in bestimmten Bundesländern sehr hohe

Werte für die AfD gegeben. Und dies ist auch jeweils ein Test für die Stabilität der Brandmauer zwischen bürgerlich-konservativen Parteien und der modernen Rechten. In vielen Ländern ist diese Abgrenzung zusammengebrochen, und die extreme Rechte ist Bestandteil des politischen und Regierungssystems.

Was die weitere Zukunft der AfD angeht, macht Götz Kubitschek vom Institut für Staatswissenschaft, dem einflussreichen Thinktank der neuen Rechten, Vorbehalte geltend. Er beschäftigt sich mit der Frage, womit angesichts des Umfragehochs der AfD gerechnet werden müsste:³ »Wir sollten vor dem Hintergrund der Stimmung im Land und der guten Umfragewerte der AfD darüber sprechen, womit wir zu rechnen haben.« Auf dem Weg einer Transformation in eine andere Gesellschaft habe Deutschland das erste Viertel zurückgelegt. »Eine der Reaktionen auf den angerissenen Transformationsprozess sind die steigenden Umfragewerte für diese einzige ernsthafte Oppositionspartei in Deutschland. Sie ist zum Sammelbecken der Ablehnung fundamentaler Veränderung geworden.«

Diesen an sich auch für das Institut für Staatspolitik erfreuliche Umstand sieht Kubitschek allerdings kritisch: Erstens: »Wer vor allem ›dagegen‹ ist und damit gut fährt, hat letztlich nur anzubieten, dass sich nichts ändern solle.« Man dürfe den Anspruch nicht aufgeben, »ebenfalls einen Umbau im Sinn zu haben«. Die guten Umfragewerte, die der AfD im Bund das Doppelte von derzeit und in einigen Bundesländern wohl über 30% vorhersagen, sollten auch aus zwei anderen Gründen mit Sorge betrachtet werden: »Zum einen stehen wir vor dem Problem eines von sich selbst begeisterten Parlamentarismus, den die Umfragewerte blind machen.« Damit hänge zusammen »ein zweites, riesiges Problem: Zumindest wir wissen nicht, woher die Leute kommen sollen, die aus diesem Aufschwung und aus dem hoffnungsvollen Vertrauensvorsprung der Wähler mit Kraft und Kenntnis eine politische Chance machen könnten.« Die dritte Sorge hänge mit dieser Personalnot zusammen: »Wir werden ausgesaugt, wir können finanziell nicht konkurrieren und verlieren

Leute, und das ist umso problematischer, als die AfD ein Milieu vertritt, das nicht viel liest.«

Solche oppositionsinternen Probleme und Sorgen änderten aber nichts daran, dass der politische Gegner ziemlich ratlos zu sein scheine. Trotz aller Vorbehalte gebe es deshalb keine »Alternative zum Weitermachen, zum Aufbau, zum Kampf um eine gute Zukunft. Wir haben eine erfahrungsgesättigte Zuversicht, das ist wohl das Beste in dieser schwierigen politischen Lage.« Man sei verhalten optimistisch und werde tun, »was getan werden muss und was getan werden kann. Das sind wir unserem Vaterland schuldig.«

Frauenpolitik ist das freilich nicht. Das gilt auch für finanzielle Leistungen für kinderreiche Familien, wie sie viele Rechtsparteien propagieren. Was hier geschieht, sei rechtskonservative Familienpolitik, so die Expertinnen. Unter Frauenpolitik verstehen sie Maßnahmen, die auf die Gleichstellung der Geschlechter abzielen.

Ein Programm zur Frauenförderung sucht man bei Rechtspopulisten tatsächlich vergeblich. »Frauen engagieren sich nicht der Frauenpolitik wegen in Rechtsparteien, sondern weil sie deren Werte teilen.« Frauenrechte würden dann ausgegraben, wenn sie sich rassistisch instrumentalisieren lassen. So nutzten Rechte die Migrationskrise, um sich als Schützer autochthoner Frauen vor vermeintlich gewalttätigen muslimischen Einwanderern zu inszenieren. Das beste Beispiel dafür sind die Reaktionen nach der Kölner Silvesternacht von 2016. Migrantinnen, vornehmlich aus Nordafrika, hatten in der Kölner Innenstadt Frauen belästigt – und rechte Parteien nutzten die Angelegenheit, um einmal mehr Stimmung gegen Muslime zu machen. »Patriarchat und Frauenverachtung«, sagt die österreichische Rechtsextremismus-Expertin Judith Goetz, »werden stets nur bei den anderen geortet, vornehmlich bei muslimischen Zuwanderern.«

³ Götz Kubitschek, Umfragehoch für die AfD: Womit wir zu rechnen haben, Sezession im Netz 20.6.2023.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu

theoretischen oder historischen Grundsatzfragen ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 85,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).

Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 65,- (für Arbeitslose/Studenten).

Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC

Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 20,-/Ausland € 25,-).

Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

